

# Frankfurter Allgemeine

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, JÜRGEN KAUBE, BERTHOLD KOHLER, HOLGER STELTZNER

## Dem Ausland bereitet nicht nur die AfD Sorge

Frankfurter Allgemeine Zeitung (Print Edition) | Sep 26

### Frankreich

"Bitterer Sieg", "Sieg mit Flecken", "Schatten über dem Sieg" - in dieser Tonlage berichtet die französische Presse über den Ausgang der Bundestagswahl. In den Respekt vor Angela Merkels viertem Erfolg mischt sich die Unruhe über die AfD - und die FDP. Die Freidemokraten gelten in Frankreich als euroskeptisch. Es könnte Macrons europäische Reformpläne deutlich erschweren, wenn die FDP in der Bundesregierung ein gewichtiges Wort mitreden wird. Macron hält an dem schon vor der Bundestagswahl angekündigten Termin für seine europapolitische Grundsatzrede fest. An diesem Dienstag will er in der Universität Sorbonne seine Pläne erläutern. Unter anderem fordert er die Ernennung eines europäischen Finanzministers im Euroraum mit eigenem Haushalt, kontrolliert durch Abgeordnete des Euroraumes.

chs.

### Großbritannien

Im Londoner Bankenviertel wird auf einen möglichen Verlierer hingewiesen, der am Wahlabend zunächst nicht im Blickpunkt stand: Bundesbankpräsident Jens Weidmann, dessen Chancen auf den Chefposten der Europäischen Zentralbank sich damit deutlich verschlechtert hätten. Denn in einer Jamaika-Koalition sei es gut möglich, dass die Union das Berliner Finanzministerium an einen Koalitionspartner verliere, bilanzieren die Volkswirte der Großbank UBS. Wolfgang Schäuble würde dann wohl in eine führende Position nach Brüssel wechseln. Damit aber könnte Deutschland nicht auch noch die EZB-Spitze für Weidmann reklamieren. In London wird außerdem die erwartete Regierungsbeteiligung der FDP als Bremse für stärkere Fiskaltransfers in der Eurozone gesehen: Die FDP werde einen weiteren Schuldenerlass für Griechenland nur akzeptieren, wenn das Land die Währungsunion verlasse.

theu.

### Österreich

In Österreich sieht man die Niederlage der großen Koalition im Zusammenhang mit der Einwanderung. "Es gibt in Deutschland bei vielen Unzufriedenheiten mit der Position der Regierung in der Flüchtlingspolitik", sagte Außenminister Sebastian Kurz. Er ist Vorsitzender der konservativen Volkspartei ÖVP und deren Kanzlerkandidat für die Wahl am 15. Oktober. Er rühmt sich, die "Balkan-Route" geschlossen zu haben. Für Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) zeigt der Wahlausgang, dass man "Probleme nicht ignorieren darf". Herbert Kickl von der Rechtspartei FPÖ sagte, Merkel habe mit ihrer "Willkommenspolitik" großen Schaden angerichtet. "Die Presse" nennt das Unionsergebnis "in Anbetracht hervorragender Wirtschaftsdaten schwach". Den Einzug der AfD in den Bundestag solle man aber nicht überbewerten, in anderen Ländern gebe es längst rechte Parteien.

itz.

### Polen

In Polen war aus dem Lager der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) Schadenfreude über den Wahlausgang zu vernehmen. Ryszard Czarnecki, stellvertretender Vorsitzender des

Europäischen Parlaments, sagte, er sei sehr zufrieden mit dem Ergebnis. An einem Tag hätten zwei Politiker, die Polen zuletzt kritisierten, eine Niederlage erlitten. Neben dem Sozialdemokraten Martin Schulz, der sich von der PiS-Politik distanziert hatte, meinte Czarnecki den französischen Präsidenten Macron, der bei den Senatswahlen eine Schlappe hinnehmen musste. Es lohne sich nicht, Polen zu kritisieren. Während FDP-Chef Christian Lindner von der Regierung als "prorussisch" wahrgenommen wird, gilt Merkel mit ihrem Pragmatismus dem PiS-Politiker als Garant für die deutsch-polnischen Beziehungen.

svs.

## Türkei

Die Türkei setzt nach der Wahl auf ein besseres Verhältnis zu Deutschland. Ministerpräsident Binali Yildirim will ein "neues Kapitel" in den Beziehungen aufschlagen, die in den vergangenen Monaten sehr angespannt waren. "Das zu reparieren ist möglich", sagte er. Voraussetzung aber sei, dass Merkel gegen die Terrororganisation PKK und die Gülen-Bewegung vorgehe. Letztere macht Ankara für den Putschversuch verantwortlich. Die Presse des Landes setzt die AfD mit den Nationalsozialisten gleich. "Hitler im Parlament", titelte die regierungsnahе Zeitung "Posta". Auch das regierungskritische Blatt "Cumhuriyet" schrieb von "Nazis im Parlament". Die Zeitung "Star" erklärte die Verluste von Union und SPD mit deren Türkei-Politik. "Der türkeifeindliche Diskurs hat den Rechtsextremisten genutzt."

itz.

## Italien

Italiens ehemaliger Ministerpräsident Enrico Letta sagte noch kurz vor der Wahl, dass Europas Zukunft einem europäischen Finanzminister, zentralen EU-Haushalt, einer Vergemeinschaftung der Schulden und gemeinsamem Arbeitslosengeld gehöre. Als wenig später der Wahlerfolg der AfD deutlich wurde, hat dies viele Italiener aus dem Regierungs- oder Unternehmerlager enttäuscht. Nun wird befürchtet, dass Deutschland hart bleiben wird bei EU-Reformen und auf Einhaltung der bisherigen Regeln besteht. Letta sagte: "Auch Deutschland gehört nun zum Krisenclub." Vor allem linke Politiker geben der Austeritätspolitik Merkels die Schuld daran, dass in Deutschland Armut und Unzufriedenheit herrsche. Nur eine Minderheit der Kommentatoren meint, dass umgekehrt zu wenig Durchsetzungskraft deutscher Austeritätspolitik in Europa den Zustrom der Wähler für die AfD verursacht habe.

tp.

Macron hält bald seine europapolitische Grundsatzrede.

Foto Laif